

## SURFTIPP

**So klappt's mit der Mehrweg-Maske**

Filtering Face Pieces, also FFP-Masken, gehören schon lange in vielen Arbeitsbereichen zur persönlichen Schutzausrüstung gegen Stäube oder Bioaerosole. Derzeit sind sie ein wichtiger Baustein des Arbeitsschutzes in der Covid-19-Pandemie. In der Praxis kommt die Frage auf, ob diese Masken nach einmaligem Gebrauch wiederaufbereitet werden können. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) hat jetzt einen Ratgeber veröffentlicht:

**[www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Fakten/Maskenaufbereitung.html](http://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Fakten/Maskenaufbereitung.html)**



Bewerbungsschluss für den Deutschen Personalräte-Preis 2021 ist der 31. Mai. Bewerben Sie sich hier: **[www.bund-verlag.de/personalrat/deutscher-personalraete-preis/einfach-bewerben](http://www.bund-verlag.de/personalrat/deutscher-personalraete-preis/einfach-bewerben)**

## INTERVIEW

**Voller Erwartungen**

**DEUTSCHER PERSONALRÄTE-PREIS** Irmgard Schmalix ist Verantwortliche Redakteurin dieser Zeitschrift und neu in der Jury für den Deutschen Personalräte-Preis. Im Interview spricht sie über wichtige Themen und Motivation!

**Derzeit herrscht allorts Krisenstimmung. Wie können Personalräte als Helfer in der Not fungieren?** In einer Ausnahmesituation wie der aktuellen Pandemie sind viele verunsichert, haben Angst um ihre Familie, Gesundheit und Arbeit. Die Personalräte vor Ort sind die wichtigsten Ansprechpartner für die Beschäftigten und auch für die Dienststellenleitungen. Und nach einem Jahr Leben mit der Krise steht fest: Personalräte sind unverzichtbar und wichtiger als jemals zuvor, denn seit Beginn der zum Gesundheitsschutz beschlossenen Maßnahmen besteht ein immenser Informations- und Beratungsbedarf der Beschäftigten. Am Anfang standen Fragen im Vordergrund wie »Wer bezahlt mein Gehalt, wenn ich in Quarantäne muss?« oder »Wie schütze ich mich vor Ansteckungen, wenn Homeoffice einfach nicht möglich ist?«. Jetzt geht es vor allem um Fragen zu einer möglichen Kündigung wegen Verweigerung einer Impfung, ob Corona ein Arbeitsunfall sein kann oder um das Einhalten des Hygienekonzepts. Der Personalrat muss die Beschäftigten mit den richtigen Antworten versorgen. Zudem sollten Personalrat und Dienststellenleitung im Hinblick auf jede Maßnahme von Anfang an eng zusammenarbeiten: Personalräte sollten sich früh in Entscheidungsprozesse einbringen oder die Beteiligung daran einfordern und Vereinbarungen an die aktuelle Lage anpassen mit dem Ziel, umsetzbare und sichere Lösungen für die Arbeitssituation der Beschäftigten zu erarbeiten.

**Welche Lösungen kommen hier in Betracht?**

Ganz wichtig ist, dass sich die Personalräte nach wie vor um den Gesundheits- und Infektionsschutz in der Dienststelle kümmern, also etwa prüfen, ob die Beschäftigten so ausgestattet sind, dass sie ihre Arbeit ausüben können, ohne sich selbst zu gefährden. Wichtig ist auch, die Beschäftigten dabei zu unterstützen, von zu Hause aus arbeiten zu können, soweit es die Tätigkeit erlaubt. Dazu gehört auch, die Beschäftigten über die Dienststelle bzw. deren Leitung mit den notwendigen Arbeitsmitteln auszustatten. Im Zusammenhang mit der Corona-Impfung geht es dann etwa darum, für die Impftermine Freistellungen per Dienstvereinbarung zu regeln.

**Welche Projekte sind beim diesjährigen Deutschen Personalräte-Preis zu erwarten?**

Solche, bei denen die Bewältigung der Pandemie-Auswirkungen, der Erhalt von Arbeitsplätzen und der Arbeits- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten im Fokus ist. Ebenso Projekte, die den Beschäftigten in der Krise weitergeholfen haben, gerade in den Branchen, die unter besonderer Belastung standen, etwa der Gesundheitsbereich, die Polizei, Kindergärten und Schulen. Zudem werden wie schon in der Vergangenheit Projekte zu den Themen Digitalisierung, Homeoffice, Generationenwechsel und Wissenstransfer bei den Einreichungen dabei sein. Bei allen wird es um konkrete Verbesserungen im Arbeitsalltag gehen.

**Erschwerniszulage für Corona-Helfer**

**ÖFFENTLICHER DIENST** Der dbb – beamtenbund und tarifunion fordert eine Erschwerniszulage für Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die bei ihrer Arbeit einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Es sei eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, statt einmaliger Prämien eine Zulage im Tarifvertrag des öffentlichen Diensts (TVöD) zu schaffen. Eine Zulage würde auch die Wettbewerbsfähigkeit

des öffentlichen Diensts steigern und müsse für Beschäftigte aus allen Bereichen gelten, die zur Pandemiebekämpfung abgeordnet sind. Zudem fordert der dbb, Fachpersonal administrativ zu entlasten. So sollte z. B. der hohe Dokumentationsaufwand durch zusätzliches Verwaltungspersonal geschultert und durch unkomplizierte digitale Unterstützung erleichtert werden.